

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe Januar 2026

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Aufmerksamkeitsstörung bei Teenagern durch 'Social Media' und/oder Videospiele?**
- **Andrea Hornung: Bundesweiter Schulstreik: 55'000 gegen die Wehrpflicht!**
- **GFP: Meinung wird gemacht**
- **Silvia Clara Florez: Assange reicht in Schweden Strafanzeige gegen Nobelstiftung ein**
- **Publizisten Xavier Moreau und Jacques Baud auf EU-Sanktionsliste**
- **Eldar Mamedov: Warum Trump ein schnelles Ende des Ukraine-Krieges anstrebt**
- **Marc Friedrich: Gefährlicher als damals: Krone-Schmalz warnt vor dem nächsten großen Konflikt**
- **Jeffrey D. Sachs: Offener Brief von Jeffrey Sachs: "Lernen Sie Geschichte, Herr Bundeskanzler!"**
- **Dan Steinbock: Die Auslöschungsdoktrin**
- **H. Baumgarten: Israelische NGOs dokumentieren Genozid**
- **Zeitgeschehen im Fokus: Heuchelei ist bei uns im Westen zur 'second nature' geworden**
- **Michael Lüders: Rezension zum Buch "Drecksarbeit?"**
- **Karin Leukefeld: Syrien: Wunsch und Wirklichkeit**
- **Regime-Change in Venezuela wegen Öl und US-Dollar**
- **Hans Köchler: Das Recht auf Entwicklung und nationales Interesse im globalen Kontext**
- **Reiner Heyse: Merz-Regierung gerettet, dafür geht die Demokratie vor die Hunde. Wieso das?**
- **IPPNW: Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen**

**Wir sagen nicht in unserem Namen.
Wir ziehen nicht in euren Krieg.
Wir werden keine Waffe tragen,
denn sie führen nie zum Sieg.**

Editorial

*Zu den Ursachen für die bei Jugendlichen zunehmenden **Aufmerksamkeits- und Entwicklungsstörungen** durch Nutzungen digitaler Medien gibt es interessante Erkenntnisse. Dass es trotzdem sehr aufmerksame und kritische Jugendliche gibt, zeigt Andrea Hornung zum Thema **Wehrpflicht**.*

*Zu der Bedeutung des von der EU-Kommission gewollten Schutzschildes gegen digitale Einflüsse äußert sich GFP (German-Foreign-Policy) im Hinblick auf die **Einschränkung der Meinungsfreiheit**. Gegen vorgegebene Meinungen richtet sich Julian Assange mit seiner Klage u.a. gegen die Nobelstiftung wegen der aktuellen Verleihung des Friedensnobelpreises. Norbert Häring berichtet über den von der EU sanktionierten **Jacques Baud**, dessen angeblich "falsche" Aussagen kürzlich von der ehemaligen Europa-Beauftragten der Biden-Administration bestätigt wurden.*

*Die Trump-Administration möchte nach Darstellung von Eldar Mamedov den **Ukraine-Krieg rasch beenden**. Dafür plädiert auch Gabriele Krone-Schmalz im Interview mit Marc Friedrich, die sich dabei gegen unbewiesene Feindbilder und für eine offene Gesprächskultur einsetzt. Jeffrey Sachs erinnert Bundeskanzler Merz in einem offenen Brief daran, "dass Diplomatie nicht Beschwichtigung ist und **historische Ehrlichkeit kein Verrat**".*

*Die **Brutalität des israelischen Krieges in Gaza** stellt Dan Steinbock dar. Helge Baumgarten veröffentlicht die Verbrechen, die israelische NGOs dazu dokumentiert haben. Der **20-Punkte-Plan** von Trump bietet hier laut Alfred de Zayas keine gerechte Lösung. Michael Lüders und Karin Leukefeld beleuchten in den nächsten beiden Beiträgen die **Situation in Nahost** (Iran, Syrien) genauer. Das völkerrechtswidrige Vorgehen der USA in **Venezuela** ordnen Jeffrey Sachs und Sybil Fares sowie Michael Lüders ein. Anschließend erinnert Hans Köchler an das von der UNO verabschiedete **Recht aller Völker auf volle Souveränität**, dessen zunehmende Missachtung auch zur Destabilisierung der Weltwirtschaft führe.*

*Das gegen die Bevölkerungsmehrheit gerichtete Handeln des Bundeskanzlers im Zusammenhang mit den von der Regierung eingebrachten und vom Bundestag verabschiedeten **Rentengesetze** thematisiert Reiner Heyse. Gegen Veränderungen im **Gesundheitswesen** hin zu seiner zunehmenden Militarisierung ruft der IPPNW zu einer Kampagne auf.*

[Inhalt](#) ↑

• Aufmerksamkeitsstörung bei Teenagern durch 'Social Media' und/oder Videospiele?

Für eine Langzeitstudie begleiteten Forscher 8'324 Kinder im Alter von etwa 9-10 Jahren über 4 Jahre und befragten sie regelmäßig zu ihrem Mediennutzungsverhalten. Parallel bewerteten Eltern die Aufmerksamkeit und die Hyperaktivitäts-/Impulsivitäts-Symptome ihrer Kinder. Ergebnis: Die durchschnittliche Zeit, die die Kinder täglich auf 'Social-Media'-Plattformen verbrachten, stieg im Untersuchungszeitraum deutlich an – von etwa 30 Minuten pro Tag zu Beginn bis zu rund 2,5 Stunden pro Tag im Alter von 13 Jahren. Gleichzeitig nahmen laut Elternberichten deutlicher werdende Zeichen von Unaufmerksamkeit zu. So hatten Kinder zunehmend Schwierigkeiten, sich zu konzentrieren, sich Aufgaben zu merken oder längere Zeit bei einer Sache zu bleiben. "Interessanterweise zeigte sich dieser Effekt nicht bei Kindern, deren Bildschirmzeit vor allem aus Videospielen oder dem Schauen von Videos bestand." Vielmehr scheint es nicht einfach die Menge der Bildschirmzeit zu sein, die problematisch ist – sondern die Art der digitalen Aktivität. 'Social Media' mit ständigen Ablenkungen und Reizen könnte die Fähigkeit beeinträchtigen, sich über längere Zeiträume zu konzentrieren oder Aufgaben gründlich zu erledigen. Das hat nicht nur Folgen für schulische Leistungen, sondern auch für die kognitive Entwicklung Jugendlicher. Für eine Aussage, ob die beobachteten Veränderungen langfristig bestehen bleiben oder ob ein Rückgang der Nutzung die Aufmerksamkeit wieder stabilisieren kann, seien allerdings weitere Studien erforderlich.

Die Kinderärztin Katrin Klöpper warnt in einem Interview vor Dauerbeschallung von Kindern durch Bildschirme. Es komme zu einem "Mangel an Reizen für die Sinne, wie Sehen, Hören und Fühlen". Bei einigen Kindern komme es zu "schwersten Entwicklungsstörungen, unter anderem eingeschränktes Sprachverständnis oder Gehen auf Zehenspitzen. Zudem zeigen sie wenig oder sogar keine Reaktion auf ihr Umfeld, reagieren mit Ängsten oder als aggressiv empfundenem Verhalten. Regulationsversuche schlagen fehl, generell ist die Kontaktaufnahme eher schwierig." Bei einem Fall habe die Reduzierung der 18 Stunden Bildschirm am Tag geholfen, Entwicklungsstörungen, die Autismus oder einer geistigen Behinderung ähnelten, zu minimieren. Klöpper erinnert daran, dass Lernen nur durch aktive Tätigkeiten, nicht durch passives Konsumieren möglich ist. Wenn Kinder ständig das Handy vor ihrer Nase haben, könne das dazu führen, dass sie nicht lernen, ihre Gefühle zu regulieren, auch wenn sie durch Bildschirmmedien ruhiggestellt werden. Klöpper: "Die Filmchen lösen bei Kindern im Gehirn eine Dopaminausschüttung aus, die das Belohnungssystem aktiviert und Glücksgefühle erzeugt. Wird zu viel konsumiert, kommt es zur Reizüberflutung und Konzentrationsproblemen. Irgendwann braucht das Gehirn immer stärkere und schnellere Reize und alternative Aktivitäten erscheinen langweilig. Zudem bleibt mit der Zeit der Dopaminanstieg nach einem kurzen Moment der 'Vorfreude' des Gehirns aus und das Niveau fällt ggf. sogar unter das Ausgangslevel, dann entsteht eine Art Druck, das Belohnungsgefühl sofort wiederzubekommen – mit entsprechendem Verhalten des Kindes." Da sich bis zum dritten Lebensjahr das Gehirn extrem schnell entwickelt, würden Kinderärzte empfehlen, bis dahin am besten auf Bildschirmmedien zu verzichten. Die Eltern sollten sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein, und ihren eigenen Medienkonsum kritisch hinterfragen.

Torsten Engelbrecht, Jg. 1966, wurde bei der Medienfachzeitschrift 'Message' ausgebildet, hat Beiträge für eine Vielzahl internationaler Publikationen verfasst, war fester Wirtschafts- und Finanzredakteur bei der 'Financial Times Deutschland' und arbeitet als freier Journalist in Hamburg, u.a. für 'Transition News' und 'Transition TV'. Zusammen mit Medizinerinnen hat er Bücher zu medizinischen Themen verfasst. (Red.)

Katrin Klöpper ist die ärztliche Leiterin der Kinder- und Jugendambulanz /Sozialpädiatrisches Zentrum (KJA/SPZ) Charlottenburg-Wilmersdorf, in dem Kinder mit Entwicklungsverzögerungen, Verhaltensauffälligkeiten oder Behinderungen entsprechend ihrer besonderen Bedarfe bestmöglich unterstützt und begleitet werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andrea Hornung: **Bundesweiter Schulstreik: 55'000 gegen die Wehrpflicht!**

An dem bundesweiten Schulstreik am 05.12.2025 haben trotz Repression und Einschüchterungsversuchen [über 55'000 Jugendliche in mehr als 100 Städten](#) teilgenommen. Anlass für die Proteste war der Beschluss des "Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes" am 05.12. im Bundestag. Demnach bekommen ab dem 01.01.2026 alle 18-Jährigen Fragebögen zu Motivation und Eignung für den Kriegsdienst. Männer müssen die Fragebögen beantworten. Ab 2027 kommen verpflichtende Musterungen hinzu. Die Bundesregierung hat bereits klargestellt: Wenn sich nicht genug Freiwillige melden, dann kommt die Pflicht. Umfragen an Schulen ergaben, dass vielerorts mehr als 80%, teilweise sogar weit mehr als 90% der Schülerinnen und Schüler gegen die Wehrpflicht sind. Bis zum nächsten Streiktermin am 05.03.2026 muss laut Sonja Ruh es darum gehen, Schulstreikkomitees in weiteren Schulen und Orten zu gründen, gegen Bundeswehrwerbung an Schulen und für bundeswehrfreie Schulen aktiv zu werden.

[Andrea Hornung](#) engagiert sich in der Initiative "Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder". Sie ist Bundesvorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- GFP: **Meinung wird gemacht**

Die EU-Kommission kündigt einen "Schutzschild" zur Abwehr missliebiger, aus dem gegnerischen Ausland lancierter "Informationsoperationen" an. In der gegenwärtigen Ära "zunehmender politischer Konfrontation" sei es notwendig, die "Integrität" des europäischen "Informationsraums" zu wahren, heißt es in Brüssel. Dazu gelte es [gegen unwillkommene Positionen vorzugehen, die Drittstaaten lancierten](#). Gemeint sind derzeit vor allem Auffassungen, die Russland vertritt. Der Kampf gegen sie sei nötig zur "Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz", erklärt die EU-Kommission. Dazu soll ein neues "Zentrum für demokratische Resilienz" errichtet werden, das – im Dialog mit sogenannten "Faktencheckern", mit Mediendiensten oder auch Wissenschaftlern – unerwünschten Ansichten entgegentritt. Während die EU behauptet, damit die Meinungsfreiheit im Innern gegen Angriffe von außen schützen zu wollen, beklagen Journalisten eine wachsende Beschränkung der Meinungsfreiheit durch Kräfte innerhalb der EU.

[GFP](#), [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Silvia Clara Florez: **Assange reicht in Schweden Strafanzeige gegen Nobelstiftung ein**

Der WikiLeaks-Gründer Julian Assange hat am 16.12.2025 in Schweden eine [Strafanzeige gegen die Nobelstiftung und rund 30 mit ihr verbundene Personen eingereicht](#). Hintergrund ist die Verleihung des Friedensnobelpreises 2025 an die venezolanische Oppositionspolitikerin María Corina Machado. Assange wirft der Stiftungsführung u.a. schwere Untreue, Veruntreuung von Stiftungsgeldern sowie die Beihilfe zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Zur Begründung verweist Assange auf das Testament Alfred Nobels von 1895. Darin sei klar festgelegt, dass der Friedenspreis an jene Person zu vergeben sei, die sich im zurückliegenden Jahr besonders für Völkerverständigung, Abrüstung und die Förderung des Friedens eingesetzt habe. Assange argumentiert, Machado habe wiederholt zu militärischer Intervention gegen Venezuela aufgerufen und US-Angriffe öffentlich unterstützt. Die Preisverleihung sei zudem in eine Phase

massiver militärischer Eskalation in der Karibik gefallen, die von Militäranalysten als größte US-Truppenverlegung in der Region seit Jahrzehnten beschrieben werde. Durch die Auszahlung der Preisgelder werde diese Eskalation indirekt legitimiert und finanziell begünstigt. Assange fordert die schwedischen Behörden auf, die Auszahlung der Mittel zu stoppen, interne Unterlagen der Nobelstiftung sicherzustellen, verantwortliche Funktionsträger zu vernehmen und den Fall gegebenenfalls an den Internationalen Strafgerichtshof zu übergeben. Der Friedensnobelpreis dürfe nicht "von einem Instrument des Friedens in ein Instrument des Krieges verwandelt werden."

[Inhalt](#) ↑

● Publizisten Xavier Moreau und Jacques Baud auf EU-Sanktionsliste

Am 15.12.2025 hat der EU-Rat u.a. [die Publizisten Xavier Moreau \(Franzose\) und Jacques Baud \(Schweizer\) auf die EU-Sanktionsliste gesetzt](#). Ihnen wird vorgeworfen, dass sie die Ukraine und die USA für den Krieg mit Russland mitverantwortlich machen und so die russische Propaganda unterstützen. Der EU-Rat unternimmt keinen Versuch nachzuweisen, dass sie Geld oder Anweisungen aus Moskau erhalten hätten. Kurz zuvor hat Joe Bidens frühere Europa-Beauftragte Amanda Sloat gesagt, dass die monierten Aussagen der beiden Publizisten stimmen, und Hunderttausende für ein fehlgeleitetes Machtkalkül der Biden-Regierung gestorben sind. Mit der Sanktionierung, die ohne Anklage, ohne Beweiserhebung und ohne Gerichtsverfahren erfolgt, wird den Betroffenen laut Norbert Häring das Recht auf die Deckung ihrer menschlichen Grundbedürfnisse und die Finanzierung von Rechtsschutz genommen. Es interessiert den Rat nicht, dass Baud betont, er stütze sich in seinen Büchern vor allem auf US-amerikanische und ukrainische Quellen, nicht auf russische. Aber der EU-Rat behauptet in seinem Sanktionsbeschluss ausdrücklich: "Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannten Grundrechten und -freiheiten, insbesondere mit der Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit." Nach Häring dient "die mutmaßlich rechtswidrige Sanktionierung von Publizisten durch die EU für die Verbreitung nicht genehmer Narrative offenkundig dazu, andere abzuschrecken, damit sie über so etwas nicht berichten".

Nach Einschätzung der Redaktion des 'Schweizer Standpunkts' verstößt die EU mit der Sanktionierung von Jacques Baud "[in eklatanter Weise gegen rechtstaatliche Grundlagen](#) (Gewährung des rechtlichen Gehörs, keine Strafe ohne Gesetz usw.). Jacques Baud hat sich keines Vergehens schuldig gemacht. Er hat einzig von seinem Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, wie es u.a. in der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» verbrieft ist. Seine Sanktionierung ist rein politisch motiviert." Die Redaktion sieht die zuständigen EU-Behörden in der Pflicht, die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte gegenüber Jacques Baud einzuhalten.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

Der «[Schweizer Standpunkt](#)» ist ein weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängiges Medienformat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Eldar Mamedov: Warum Trump ein schnelles Ende des Ukraine-Krieges anstrebt

Die Nationale Sicherheitsstrategie 2025, ([NSS, Original](#), [deutsche Übersetzung](#)), basiert laut Eldar Mamedov auf dem Grundprinzip "America First", für das Trump ein klares demokratisches Mandat erhielt. In der NSS wird ausdrücklich festgestellt, dass die USA nicht länger "die gesamte Weltordnung wie Atlas stützen" und dass ihre reichen und fähigen Verbündeten die

Hauptverantwortung für ihre jeweiligen Regionen und deren Verteidigung übernehmen müssen. In dieser Erklärung sieht Mamedov eine Richtlinie für den gesamten außenpolitischen Apparat der USA.

Angewendet auf Europa, führt die Logik dieser NSS laut Mamedov zu mehreren unumstößlichen Schlussfolgerungen, die den Ausgang des Ukraine-Konflikts unmittelbar prägen: "Erstens ist die Beendigung des Krieges ein vorrangiges US-Interesse, um eine unbeabsichtigte und potenziell katastrophale Eskalation mit Russland, die in einer möglichen nuklearen Konfrontation münden könnte, zu verhindern. Zweitens muss Europa auf eigenen Beinen stehen, was eine reduzierte US-Militärpräsenz und -Hilfe sowie ein verstärktes Streben nach europäischer Eigenständigkeit bedeutet. Drittens ist die NATO-Erweiterung beendet. Die Strategie zielt darauf ab, die Wahrnehmung der NATO als ständig wachsendes Bündnis zu beenden und eine solche Erweiterung in der Realität zu verhindern. Diese Schlussfolgerung steht in direktem Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, da Moskau die potenzielle Mitgliedschaft der Ukraine in einem feindseligen Militärbündnis ganz klar als Kriegsgrund ansah. Viertens muss die strategische Stabilität mit Russland wiederhergestellt werden, da ein dauerhafter – und sich verschärfender – Feindseligkeitszustand mit einer atomar bewaffneten Großmacht sinnlos und gefährlich ist." Nach Mamedov können die USA die in der NSS formulierte Vision nur umsetzen, wenn Russland "die angebotenen Bedingungen als ausreichend erachten wird. Der Kreml hat bereits Einwände gegen einige Punkte geäußert."

Eldar Mamedov ist als politischer Berater der Sozialdemokraten im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments tätig und leitet die Delegationen für die interparlamentarischen Beziehungen zu Iran, Irak, der Arabischen Halbinsel und Maschrik. Zuvor arbeitete er im lettischen Außenministerium und als Diplomat in den lettischen Botschaften in Washington, D.C. und Madrid. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Marc Friedrich: Gefährlicher als damals: Krone-Schmalz warnt vor dem nächsten großen Konflikt**

Im Gespräch mit Marc Friedrich gibt Gabriele Krone-Schmalz einen Einblick in ihre derzeitige Sicht der Lage der Medien, der Politik und insbesondere zum Ukraine-Konflikt (Video, 1h04). Zunächst stellt Krone-Schmalz fest, dass ihr dem heutigen Journalismus die Demut fehlt, dem Mitbürger mit sachlichen Informationen zu helfen, sich ein eigenes Bild zu machen. Stattdessen bediene man unbewiesene Mantras, um gezielt, aber verantwortungslos Angst zu machen. Der von ihr als wichtig eingestufte ÖRR (Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk) komme dem gesetzlichen Auftrag nicht nach, da er nicht sachlich berichte, und sich so selbst gefährde.

Es fehle der Friedenswille. Dieser sei eigentlich nur von China und dem Globalen Süden zu vernehmen. Statt dass die Politik ihrem Kerngeschäft der Diplomatie und des Dialogs nachgehe, würden mit unbewiesenen Behauptungen Feindbilder aufgebaut und Gespräche zwischen Trump und Putin torpediert und Kriegstüchtigkeit gefordert. Angesichts der fehlenden Friedensinitiativen und der versagenden Journalisten, wäre es wichtig, dass die nachwachsende Generation in den Schulen sachlich informiert würden. Aber die Menschen, die noch als Zeitzeugen berichten könnten, was Krieg bedeutet, würden aussterben. Ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Russland und eine entsprechende Sicherheitsarchitektur in Europa sei nach der Wende möglich gewesen, aber das westliche Gewinnerdenken und vor allem die NATO-Osterweiterung hätten dies bewusst verhindert. Sie wollten Russland unbedingt schwächen.

Heute sei die russische Bevölkerung durch das westliche Verhalten ernüchtert und verletzt, habe zur westlichen Politik mit ihrer Arroganz und ihr Messen mit zweierlei Maß kein Vertrauen mehr. Für Krone-Schmalz wäre es wichtig, den Ukraine-Krieg noch unter Trump zu Ende zu

bringen, zu einem Frieden zu kommen, auch wenn dies nicht einfach sei. Aber es sei möglich, da die Russen differenzieren und vergeben können. Sie gibt die Hoffnung nicht auf, dass dies wieder möglich wird, wenn man vernünftig miteinander ins Gespräch komme.

Ein Filmteam um Ralf Eger begleitete Gabriele Krone-Schmalz 2024 in ihre Geburtsstadt Lam im Bayerischen Wald und auf ihrer Vortragsreise durch Deutschland. Unter Verwendung von Videoaufnahmen ihres mittlerweile verstorbenen Ehemannes Lothar Schmalz ist mit der Dokumentation [“Gabriele Krone-Schmalz – Verstehen”](#) (2h08) ein sehr persönliches Film-Portrait entstanden, die für fünf Euro geliehen werden kann. [Hier eine Kurzfassung](#) (32m09) des Portraits über eine ebenso engagierte wie warmherzige Kämpferin für eine offene Gesprächskultur und einen Journalismus, der sich nicht gemein macht mit einer Seite, sondern versucht, beiden Seiten möglichst objektiv gerecht zu werden.

[Marc Friedrich, Jg. 1975](#), studierte internationale Betriebswirtschaftslehre und arbeitet heute als unabhängiger Investmentexperte für Bitcoin und Sachwerte als Autor und YouTuber. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Jeffrey D. Sachs: **Offener Brief von Jeffrey Sachs: “Lernen Sie Geschichte, Herr Bundeskanzler!”**

Der US-Ökonom Jeffrey D. Sachs zeigt Bundeskanzler Friedrich Merz Wege auf, wie Diplomatie den Krieg in der Ukraine beenden könnte. Er fordert Merz auf, die vom Bundeskanzler wiederholt angesprochene [Verantwortung für die europäische Sicherheit “mit historischem Ernst und Ehrlichkeit” wahrzunehmen](#) und von seiner Rhetorik abzulassen. Er erinnert Merz daran, dass Russlands zentrale Sicherheitsbedenken seit 1990 wiederholt ignoriert, verwässert oder direkt verletzt wurden. So auch die Zusicherungen bei der deutschen Wiedervereinigung, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Deutschland habe sich auch an den Angriffen auf Serbien beteiligt, die Russland signalisierten, dass die NATO “Gewalt jenseits ihres Territoriums anwenden [werde], ohne UN-Mandat und ohne Rücksicht auf russische Einwände.” Sachs erinnert an die einseitige Kündigung des ABM-Vertrags, an die Stationierung von Raketensystemen nahe der russischen Grenzen, an die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo, an das stetige Drängen auf eine Erweiterung der NATO um die Ukraine und Georgien und an die Nicht-Umsetzung des Minsk-II-Abkommens.

Sachs betont, die “europäische Sicherheit ist unteilbar. Dieses Prinzip bedeutet, dass kein Land seine Sicherheit auf Kosten eines anderen stärken kann, ohne Instabilität zu provozieren. Es bedeutet auch, dass Diplomatie nicht Beschwichtigung ist und historische Ehrlichkeit kein Verrat.” Sachs erinnert daran, dass deutsche Politiker schon einmal verstanden hatten, “dass Europas Stabilität von Dialog, Rüstungskontrolle, Wirtschaftsbeziehungen und der Achtung der legitimen Sicherheitsinteressen Russlands abhängt”. Er fordert Merz auf, “sich endlich um echte Diplomatie [zu] bemühen”. Sachs mahnt, dass “Sicherheit in der Ukraine nicht durch die Stationierung deutscher, französischer oder anderer europäischer Truppen erreicht” wird. Vielmehr könne die Stabilität nur durch “Entmilitarisierung und Gegenseitigkeit” erreichbar werden. Die Sanktionen gegen Russland seien aufzuheben, die Beschlagnahmung russischer Staatsvermögen abzulehnen und die OSZE “wieder als zentrales Forum für europäische Sicherheit, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle” zu nutzen. Sachs rät Merz dringend, Geschichte zu lernen und ehrlich zu sein: “Ohne Ehrlichkeit kann es kein Vertrauen geben. Ohne Vertrauen kann es keine Sicherheit geben. Und ohne Diplomatie riskiert Europa, die Katastrophen zu wiederholen, aus denen es angeblich gelernt hat.”

[Jeffrey David Sachs, Jg. 1954](#), ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der ‘Millennium Development Goals’. Er ist Direktor des ‘UN Sustainable Development Solutions Network’ sowie Direktor des ‘Earth Institute an der Columbia University’. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Dan Steinbock: Die Auslöschungsdoktrin**

Dan Steinbock erklärt in seinem Buch "[Die Auslöschungsdoktrin. Völkermordprävention, Israel, Gaza und der Westen](#)" ausführlich die Entstehung der Völkermordkonvention und warum nicht nur Gaza beweist, dass die ursprünglichen Absichten, welche mit dieser Vereinbarung erreicht werden sollten, scheiterten. Aber in diesem Scheitern liegt nun nach Steinbock die Chance, einen neuen Anlauf zu nehmen, und endlich koloniale und imperiale Mächte zu zwingen, grundlegende Menschenrechte zu beachten. Alfred de Zayas schreibt zu diesem Buch: "Dieses Buch zeigt, dass die westlichen Werte der Demokratie und der Menschenrechte von unseren Führern verraten wurden, dass der Völkermord in Gaza einen Frontalangriff auf unsere Zivilisation, das Völkerrecht und die Moral nach sich zieht. Dr. Steinbock erinnert uns daran, dass nicht nur Israel schuldig ist, sondern auch die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland am Völkermord beteiligt sind, dass die Vereinten Nationen ihrer Schutzverantwortung nicht nachgekommen sind und dass unsere negierenden Mainstream-Medien Verantwortung tragen, indem sie Verbrechen beschönigen und Beweise unterdrücken. Die Mord- und Zerstörungslust der USA, Europas und Israels muss Konsequenzen haben. Die Bestrafung erfolgt jedoch 'ex post facto'. Der wahre Zweck der Völkermordkonvention von 1948 ist die Prävention. Dieses Buch hilft uns zu verstehen, warum wir versagt haben."

Steinbock geht in einem Artikel bei antikrieg.com insbesondere auf die [vorsätzliche Zerstörung der für das menschliche Leben im Gazastreifen notwendigen Umwelt](#) ein.

Dan Steinbock, Jg. 1954, ist ein finnischer Ökonom, Autor und Sozialkommentator. Seit den 1990er-Jahren ist Steinbock bekannt für seine Analysen u.a. zur US-amerikanischen Medien- und Unterhaltungsindustrie und zum Internetgeschäft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Helga Baumgarten: Israelische NGOs dokumentieren Genozid**

"Die Plattform", in der [13 Menschenrechtsorganisationen aus Israel zusammengeschlossen sind, veröffentlichte am 01.12.2025 einen Bericht](#), demzufolge das Militär Israels 2025 so viele Palästinenser tötete wie in keinem Jahr seit 1967: Inzwischen sind mehr als 70'000 Tote im Gazastreifen namentlich erfasst. Dabei fehlen noch mindestens 10'000 Verschüttete, deren Leichname gerade mühsam geborgen werden. Rund 80% der Getöteten sind laut eigener Daten des Militärs Zivilisten. Die Zahl der aus ihrem Zuhause im Gazastreifen vertriebenen Palästinenser stieg in 2025 auf knapp 2 Millionen, d.h. auf ca. 90% der Bevölkerung. In dem Küstenstreifen wurden ganze Stadtviertel, das komplette Wasserversorgungssystem, Landwirtschaft, Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Universitäten und Verwaltungsgebäude zerstört. Allein im Juli waren demnach 13'000 Kinder schwerst unterernährt. In Gaza-Stadt waren bis Oktober 461 Menschen verhungert, darunter 157 Kinder. 2'306 Menschen wurden durch Soldaten oder lokale wie ausländische Kräfte bei den Ausgabestellen der Nahrungsverteilungszentren der von den USA und Israel eingesetzten 'Gaza Humanitarian Foundation' (GHF) getötet und viele mit scharfer Munition gezielt erschossen: Männer, Frauen und Kinder. Fast 17'000 wurden verletzt. Die GHF wurde kurz nach Inkrafttreten der Waffenruhe abgewickelt. Laut dem Bericht verfolgt die israelische Armee systematisch eine Militärstrategie, bei der sie oft wochenlang mit verbundenen Augen gefesselt gehaltene Palästinenser als "menschliche Schutzschilde" benutzt. Viele der Missbrauchten überlebten dies nicht.

In der Westbank hat laut dem Bericht 2025 eine regelrechte Massenvertreibung begonnen. 44 Beduinengemeinden wurden zerstört und durch neue israelische Siedlungen "ersetzt". Fast 3'000 Menschen wurden ihrer Heimat beraubt, darunter 1'326 Kinder. In Ostjerusalem werden derweil durch undurchsichtige städtische Landregistrierungsprozesse immer mehr Palästinenser enteignet. Die Leistungen der Stadt für diese Bewohner werden schlechter, die kommunalen Steuern steigen. Die jüdischen Siedlungen expandieren unaufhaltsam auf Kosten der Palästinenser. Laut dem

Bericht markiert das Jahr 2025 den Übergang von institutionalisierter Diskriminierung zu einer neuen Politik der Enteignung.

Die israelischen Gefängnisse sind dem Bericht zufolge zu einer Institution systematischer Folter geworden. Mindestens 98 Palästinenser starben dort; sie wurden zu Tode gefoltert, erhielten unter unmenschlichen Bedingungen keinerlei medizinische Versorgung und nicht genug zu essen. Die Zahl der Häftlinge ist auf mehr als 9'000 angestiegen, 3'577 davon sind in "Verwaltungshaft", ohne Anklage oder Verurteilung. Das sind dreimal so viel wie vor dem palästinensischen Überfall auf Israel im Oktober 2023. – Im Februar schätzten die UNESCO, die Weltbank und andere, dass mehr als 53% der Kultur- und Kulturerbe-Stätten im Gazastreifen zerstört oder beschädigt wurden, im Oktober veröffentlichte die UN-Organisation eine Liste mit 114 betroffenen Orten. In den besetzten Gebieten werden Projekte, die zuvor unter dem Vorwand der "Erhaltung" oder der Förderung des Tourismus unter Kontrolle genommen wurden, seit 2025 zur Vertreibung der dort lebenden Palästinenser benutzt. In Ostjerusalem konzentrieren sich der Staat, die Stadt und vor allem die rassistischen Siedlerkolonialisten auf die Altstadt und deren Umgebung. Sie erfinden neue historische Narrative und enteignen Land, das Palästinensern gehört.

Das Fazit des Berichts: "Verbrechen gegen die Menschheit sind inzwischen zur täglichen Realität geworden, die niemand untersucht und für die niemand zur Verantwortung gezogen wird." Und er endet mit der Warnung, dass dieser Prozess irreversibel ist, wenn nicht sofort gegengesteuert wird.

[Helga Baumgarten](#), Jg. 1947, lebt in Ostjerusalem, ist Politikwissenschaftlerin und hat mit Norman Paech das Buch "Völkermord in Gaza: Eine politische und rechtliche Analyse" geschrieben. Für Baumgarten ist Frieden ohne Freiheit, Gerechtigkeit und gleiche Rechte nicht möglich. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Zeitgeschehen im Fokus: **Heuchelei ist bei uns im Westen zur 'second nature' geworden**

Für den Völkerrechtler Alfred de Zayas ist der [20-Punkte Plan von US-Präsident Donald Trump](#) "kein Friedensplan, sondern ein Diktat", das die relevanten völkerrechtlichen Prinzipien außer Acht lässt und die israelische Besetzung Palästinas akzeptiert und nicht beendet, wie mehrfach vom Internationalen Gerichtshof (IGH) gefordert wurde. Auch wird Israel für den Völkermord nicht zur Rechenschaft gezogen, und es gibt keine Umsetzung der Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant, als ob der Internationale Strafgerichtshof und der IGH völlig irrelevant wären. Dauerhafter Friede im Mittleren Osten kann nur auf der Basis der drei Gutachten des Internationalen Gerichtshofs aufgebaut werden, auf der Basis von Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung, die ein Ende der Besetzung Palästinas und Gazas durch Israel verlangen. Alles andere ist nur Scheinfriede und verstößt gegen alle Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit – ein Versagen der Zivilisation." Für eine Ende der Besetzung und die Entstehung eines palästinensischen Staates müsse man auf die Grenzen von 1967 zurück, alle illegalen israelischen Siedlungen räumen, ohne deren Gebäude zu sprengen, den Abriss der von Israel errichteten Mauerabschnitte sowie die durch Israels "völkerrechtswidrige Handlungen verursachten Schäden vollständig wieder gutmachen".

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Zeitgeschehen im Fokus](#) plädiert für die Rechtsstaatlichkeit und die direkte Demokratie der Schweiz, die Gleichwertigkeit der Menschen und die Unbedingtheit einer friedlichen Konfliktlösung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Lüders: **Rezension zum Buch "Drecksarbeit?"**

Der Nahostexperte Michael Lüders stellt in seinem neuen Buch "[Drecksarbeit? Israel, Amerika und der imperiale Größenwahn im Nahen Osten](#)" Fragen, die in Politik und Medien oft ausgeblendet werden: Warum eigentlich fällt es so schwer, einen Völkermord als solchen zu benennen? Greift die iranische Führung nach der Atombombe? Sucht sie tatsächlich Israel zu »vernichten«? Wo genau verlaufen die Grenzen des jüdischen Staates? Welche Folgen haben die dramatischen Ereignisse von Gaza bis Teheran für die Region und die Welt? Michael Lüders schlägt laut der ausführlichen [Rezension von 'Gela-News'](#) den Bogen von der aktuellen Weltlage zur Gefahr eines großen Krieges und fragt, warum der Bürger sprachlos bleibt und die Propaganda des Systems dankbar konsumiert. Ob das Plädoyer für eine breite, gesellschaftliche Bewegung gegen den Wahnsinn, gegen die Dummheit und den Zynismus Gehör findet?

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Syrien: Wunsch und Wirklichkeit**

Am 08.12.2024 wurde der damalige Präsident Syriens gewaltsam vertrieben. Die syrische Interimsregierung von Al-Sharaa, die sich als "Befreier" von der "Assad-Diktatur" selbst in das Amt erhoben hat, lässt sich feiern. Aber ein Jahr danach gehören laut Karin Leukefeld Armut und Hunger sowie Massaker an Alewiten zur Realität des Landes. Israel darf Truppen auf den Golanhöhen und um Suweida stationieren, Manöver abhalten und bombardieren. In einem aktuellen syrischen Sicherheitsbericht heißt es u.a., das Land brauche dringend Gesetze, Institutionen und ausländische Unterstützung für den Wiederaufbau. Es müssen endlich alle Sanktionen gegen das Land aufgehoben und die israelischen Aggressionen gestoppt werden. Der Bericht enthält auch Lageberichte aus den einzelnen Regionen. Darin werden insbesondere die Versorgung mit Wasser und Strom, aber auch mit Lebensmitteln als unzureichend beschrieben. Leukefeld: "[Überall herrscht Mangel an Sicherheit, fehlt es an Strom und Wasser, an Arbeit, an Lebensmitteln](#) für arme Familien, die weder Arbeit noch Einkommen haben. Viele Familien wüssten nicht, wie sie eine warme Mahlzeit auf den Tisch bekommen sollten." Zum Jahrestag des politischen Umbruchs erklärten seit Jahren in Syrien tätige Hilfsorganisationen: 7 Millionen Menschen seien weiterhin im Land vertrieben, es mangle an Wohnraum und Unterstützung. Bewaffnete Milizen seien eine ernste Bedrohung, die humanitäre und wirtschaftliche Lage sei katastrophal. Wer Syrien für sicher erkläre, um Abschiebungen zu rechtfertigen, ignoriere die Verhältnisse vor Ort.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Regime-Change in Venezuela wegen Öl und US-Dollar

Laut Jeffrey Sachs und Sybil Fares haben die USA das erklärte [Ziel, die Kontrolle über das Öl Venezuelas zu bekommen](#). Deshalb sei das Land auch seit zwei Jahrzehnten ständiges Ziel eines Regimewechsels. Für US-Präsident Donald Trump sei es unhaltbar, einen Diktator durch Kauf von Öl reich zu machen. Die Autoren des Artikels erinnern daran, dass die USA 2015 ein Gesetz verabschiedeten, nach dem die innenpolitische Lage Venezuelas als “ungewöhnliche und außergewöhnliche Bedrohung” für die nationale Sicherheit der USA erklärte, um US-Wirtschaftssanktionen auszulösen. Daran wird bis heute festgehalten. Und seit dieser Zeit gibt es Sanktionen, um die ungeliebte Regierung in Venezuela zu stürzen. Dazu habe der Sanktionsexperte Francisco Rodriguez festgestellt, dass die Zwangsmaßnahmen der USA zu einem katastrophalen Rückgang des Lebensstandards in Venezuela, einer drastischen Verschlechterung der Gesundheits- und Ernährungssituation und schwerwiegenden Schäden für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen geführt haben.

Sachs und Fares erinnern daran, dass die USA “wiederholt Regimewechseloperationen durchgeführt [haben], um Öl, Uran, Bananenplantagen, Pipelinetrassen und andere Ressourcen zu erlangen: Iran (1953), Guatemala (1954), Kongo (1960), Chile (1973), Irak (2003), Haiti (2004), Syrien (2011), Libyen (2011) und Ukraine (2014), um nur einige Fälle zu nennen. Jetzt ist Venezuela an der Reihe. In ihrem brillanten Buch «Covert Regime Change» (2017) beschreibt Professorin Lindsay O'Rourke detailliert die Machenschaften, Rückschläge und Katastrophen von nicht weniger als 64 verdeckten US-Operationen zum Regimewechsel in den Jahren 1947–1989!” Das Fazit von Sachs und Fares: “Die Forderungen der US-Regierung nach einer Eskalation spiegeln eine rücksichtslose Missachtung der Souveränität Venezuelas, des Völkerrechts und des menschlichen Lebens wider.”

Michael Lüders (Video, 1h09) versucht den US-Angriff auf Venezuela einzuordnen. Dabei betont er eingangs, dass es den USA dabei nicht nur um die Ressourcen des Landes (Öl, Seltene Erden, Gold) geht, sondern auch um die [Rolle des US-Dollars](#). Man dürfe nicht vergessen, dass Präsident Nicolás Maduro angekündigt hatte, Venezuelas Öl nicht mehr in Dollar handeln zu wollen. Das würde die Möglichkeit der USA, sich zu Lasten der in Dollar handelnden Welt weiter zu verschulden, untergraben. Er erinnert dazu an den Tod von Saddam Hussein und Muammar Al-Gaddafi. Auch Lüders betont, dass der Vorwurf des Drogenhandels vorgeschoben sei, zumal die USA vom Drogenhandel stark profitierten. Lüders geht dann auf die Vorgeschichte ein, die vor allem dadurch gekennzeichnet sei, dass schon das sozialistische Venezuela unter Chavez mit dem Versuch, soziale Gerechtigkeit herzustellen, den USA ein Dorn im Auge war. Daher sei es 2002 zum Putsch, dann zum Terrorvorwurf und zur immer weiter verschärften Sanktionierung gekommen. Da Venezuela stark auf Lebensmittelimporte angewiesen ist, habe sich eine katastrophale Lage entwickelt. In der Folge seien in den 2010er Jahren 8 der 28,8 Millionen Venezolaner ins Ausland abgewandert. Heute leiden 5,1 Millionen unter Hunger und die Landeswährung habe 85% ihres Wertes verloren. Der Vorwurf der Wahlfälschung von 2018 sei laut Aussagen kanadischer Wahlbeobachter nicht haltbar. Dass Maduro am 21.11.2025 bereit war abzutreten, wenn es eine Amnestie und ein Ende der Sanktionen gebe, sei von US-Präsident Donald Trump abgelehnt worden. Noch am Tag vor seiner Entführung am 03.01.2026 sei Maduro bereit gewesen, mit den USA zu sprechen und US-Unternehmen bei der Öl-Gewinnung weiteren Raum zu geben. Die Entführung ist nach Lüders auch dann rechtswidrig, wenn Maduro illegal an der Macht geblieben sei. Die Delegitimierung sei vom Westen betrieben worden (Sanktionen, Nobelpreis an Maria Corina Machado u.a.m.). Venezuela drohe nun im Rahmen der brutalen US-Machtpolitik eine Destabilisierung. Er erinnert daran, dass von US-Interventionen betroffene Länder in der Folge von großer Verelendung heimgesucht wurden. Die US-Regierung, die eine Politik der Macht des Stärkeren betreibe, nehme die Europäer auch deshalb nicht ernst (siehe die neue US-Sicherheitsstrategie), weil diese keine eigenen Interessen verfolgen und durchsetzen, sondern sich zunehmend in Abhängigkeit von den USA begeben – zu Lasten der Interessen der Bürger der europäischen Länder.

[Jeffrey David Sachs](#), Jg. 1954, ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der 'Millennium Development Goals'. Er ist Direktor des 'UN Sustainable Development Solutions Network' ([SDSN](#)) sowie Direktor des 'Earth Institute an der Columbia University'. (Red.)

[Sybil Fares](#) ist Spezialistin und Beraterin für Nahostpolitik und nachhaltige Entwicklung bei [SDSN](#) (Netzwerk für nachhaltige Entwicklungslösungen), das unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs arbeitet, u.a. zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaschutzabkommens. (Red.)

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GlZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) 

● Hans Köchler: **Das Recht auf Entwicklung und nationales Interesse im globalen Kontext**

Der Philosophie-Professor Hans Köchler betont das 1986 von der UN-Generalversammlung in der [Resolution 41/128 \(Übersetzung\)](#) definierte [Recht aller Völker "auf volle Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen"](#). Im Rahmen der "vorrangigen Verantwortung" der Staaten, "bei der Sicherstellung der Entwicklung miteinander zu kooperieren", müsse das Recht auf Entwicklung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit umgesetzt werden. "Jede souveräne Nation muss alle anderen Nationen in dieser Hinsicht als gleichberechtigte Partner akzeptieren. Das bedeutet, dass jeder Staat bei der Verfolgung seiner nationalen Interessen das gleiche Recht aller anderen Staaten auf Entwicklung nach ihrer eigenen souveränen Entscheidung anerkennen sollte."

Dagegen führe eine "exklusivistische, einseitige Politik des 'Mein Land zuerst' nur zu Konflikten und Spannungen und birgt die Gefahr des Ausbruchs – und der weiteren Eskalation – von erbitterten Handelskriegen. Ein solcher Ansatz destabilisiert die Weltwirtschaft und ist in keiner Weise mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) und der internationalen Rechtsordnung im Allgemeinen vereinbar." Nach Köchler sind wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen nicht nur "ein Verstoß gegen grundlegende Normen des Völkerrechts, sondern sie untergraben auch das Recht auf Entwicklung". Ein multipolares Machtgleichgewicht und die "Schaffung alternativer Modelle der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit seien, einschließlich Transaktionen in anderen Währungen als dem US-Dollar", von großer Bedeutung im Hinblick auf "die Chance, Entwicklung nachhaltig zu gestalten und insbesondere die Länder des globalen Südens vor Einmischung und willkürlichen Maßnahmen von außen zu schützen. Nur Nachhaltigkeit macht das Recht auf Entwicklung sinnvoll."

[Prof. Dr. Hans Köchler](#), Jg. 1948, ist langjähriger Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck, hat diverse Gastprofessuren, ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik und Präsident der 'International Progress Organization' (I.P.O.); er ist international bekannt u. a. durch die Ernennung zum UN-Beobachter des Prozesses im Rahmen des Lockerbie-Anschlages. (Red.)

[Inhalt](#) 

● Reiner Heyse: **Merz-Regierung gerettet, dafür geht die Demokratie vor die Hunde. Wieso das?**

Nahezu zeitgleich mit der Verabschiedung der Rentengesetze im Bundestag am 05.12.2025 veröffentlichte die Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in der letzten Novemberwoche die vergleichende Analyse der Rentensysteme ihrer Mitgliedsstaaten. Demnach

[rangiert das deutsche Nettorentenniveau auf Platz 17 von 22 EU-Staaten](#). Es wird nur noch unterboten von Lettland, Polen, Estland, Irland und Litauen. Die Tendenz der deutschen Rente geht in Richtung Platz 18, den derzeit noch Lettland besetzt. Am Tag zuvor veröffentlichte die ARD ihre aktuelle Meinungsumfrage "Deutschlandtrend". Deren Aussage zur Rente: 76% der Befragten sind gegen eine weitere Absenkung, 69% wollen keine Entkopplung der Rente vom Lohnanstieg, 81% wollen keine Erhöhung des Renteneintrittsalters und 83% wollen Beamte, Politiker und Selbständige in der gesetzlichen Rentenversicherung. Reiner Heyse erinnert daran, dass in Österreich 3% mehr vom BIP für Renten ausgegeben wird, was in Deutschland ca. 140 Mrd. Euro mehr wären.

[Reiner Heyse](#), ist Nachrichteningenieur, war langjähriges Tarifkommissionsmitglied in der IG Metall und Betriebsrat in einem mittelständischen Betrieb in Kiel. Aktuell betätigt er sich als Gewerkschaftlicher Bildungsarbeiter und Mitherausgeber der Blogs [seniorenaufstand.de](#) und [rentenpolitikwatch.de](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● IPPNW: Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen

Für Beschäftigte im Gesundheitswesen ruft IPPNW dazu auf, die [Kampagne gegen die Militarisierung des deutschen Gesundheitswesens](#) per Unterschrift zu unterstützen. Zu der Kampagne gehört die Ablehnung jeder "Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin sowie jeder Maßnahme, die einer Kriegsmedizin Vorrang vor der zivilen medizinischen Versorgung gibt".

Zur [Begründung der Kampagne](#) hat IPPNW einen separaten Text verfasst.

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑